

Nr. 19/871

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sozial-emotionalen Beeinträchtigungen fördern

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Juni 2017
(Drucksache [19/1127](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. September 2017
(Drucksache [19/1244](#))
2. Wie sicher können die Bremer sich im Viertel und im gesamten Stadtgebiet noch fühlen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2017
(Drucksache [19/1354](#))
3. Situation und Entwicklungsmöglichkeiten der beruflichen Schulen im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1418](#))
4. Einstellung und Motivation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. November 2017
(Drucksache [19/1419](#))
5. Rassistische und antisemitische Straftaten gegen religiöse Einrichtungen und Gedenkorte und Umsetzung der Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1452](#))
6. Mülltourismus im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1453](#))
7. Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Dezember 2017
(Drucksache [19/1456](#))
8. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1458](#))

Nr. 19/872

Zulagen auch für Notfallsanitäter

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. August 2017
(Drucksache [19/1182](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 19/873

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Gesundheit ist Lebensqualität: Senat darf Patienten, Beschäftigte und Kliniken nicht im Stich lassen!"

Nr. 19/874

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 22. Januar 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017
(Drucksache [19/1413](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

2. Opfer des § 175 Strafgesetzbuch dürfen bei den Renten nicht benachteiligt werden

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Dezember 2017
(Drucksache [19/1441](#))

Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Regelung einzusetzen, die die Benachteiligung bei der Berechnung der Rentenanprüche von Opfern des §175 Strafgesetzbuch ausgleicht. Dabei sollte der Senat eine Orientierung am Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet vom 23. Juni 1994, eventuell ergänzt um einen steuerfinanzierten Härtefallfonds, vorschlagen.

3. Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2016

Bericht des Rechnungshofs
vom 1. September 2017
(Drucksache [19/1215](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

4. Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2016
Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 7. Dezember 2017
(Drucksache [19/1442](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 im Haushaltsjahr 2016 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung.
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.
5. Bericht des Senats über die Aktivitäten der nordmedia – Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH 2015 und 2016
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2017
(Drucksache [19/1444](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
6. Qualitätsoffensive für Bildung in Bremen – Zukunftsfähigkeit Bremer Abschlüsse sichern
Mitteilung des Senats vom 12. Dezember 2017
(Drucksache [19/1445](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
7. Geschäftsbericht und Haushaltsrechnungen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2016
Mitteilung des Senats vom 19. Dezember 2017
(Drucksache [19/1454](#))
Die Bürgerschaft überweist den Geschäftsbericht und die Haushaltsrechnungen zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss.
8. Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)
Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1461](#))
1. Lesung
Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
9. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 25
vom 12. Januar 2018
(Drucksache [19/1473](#))
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.
10. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete
Claudia B e r n h a r d
anstelle des Abgeordneten Nelson Janßen zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Land Bremen.

11. Bremen braucht eine Digitale Agenda für die öffentliche Verwaltung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1475](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 19/875

Pakt für die innere Sicherheit

Antrag der Fraktion der CDU
vom 22. Februar 2016
(Drucksache [19/296](#))

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Dezember 2017**

(Drucksache [19/1433](#))

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen, der Änderungsantrag ist dadurch erledigt.

Nr. 19/876

Pakt für die innere Sicherheit

Bericht der staatlichen Deputation für Inneres
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1205](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Inneres Kenntnis.

Nr. 19/877

Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit auch durch bessere Kinderbetreuung ermöglichen?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 22. August 2017
(Drucksache [19/1202](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017

(Drucksache [19/1414](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/878

Bauzeitüberschreitungen führen zu Mehrkosten und Verzögerungen – Wann kommt der Hafentunnel in Bremerhaven?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 11. Oktober 2017
(Drucksache [19/1265](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. November 2017

(Drucksache [19/1415](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/879

Sportlehrerinnen, Sportlehrer und Sportunterricht an Schulen im Land Bremen – Sachstand und Zukunft

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Juni 2017
(Drucksache [19/1103](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1183](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/880

Fahrten unter Alkohol- oder Drogeneinfluss

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 14. Juni 2017
(Drucksache [19/1119](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 8. August 2017

(Drucksache [19/1177](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/881

Gewerblicher Einsatz von Multikoptern im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. Juni 2017
(Drucksache [19/1129](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. August 2017

(Drucksache [19/1185](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/882

Auszubildende gleichstellen – auch in der öffentlichen Mobilität!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. Juni 2017
(Drucksache [19/1135](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Nr. 19/883

Landwirtschaftliche Betriebe öffnen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. August 2017
(Drucksache [19/1167](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, innerhalb von sechs Monaten ein Konzept vorzulegen, wie das Bremer Gaststättengesetz geändert werden kann, damit Landwirte auf dem eigenen Hof anlassbezogen selbst erzeugte landwirtschaftliche Produkte unbürokratisch verkaufen und ausschenken können.